



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)

550 (25.11.1932) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-371559](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-371559)

Neue Mannheimer Zeitung

Verlagsnummer: 221143 am 1. Sonntag, Belegpreis: frei Haus monatl. RM. 2.00 und 60 Pf. Trügerlohn, in untern Reichsteilen abgeholt RM. 2.30, durch die Post RM. 2.70 einchl. 60 Pf. Postgeb. Hierzu 75 Pf. Beleggeld. Abholstellen: Wollschür. 12, Kronprinzenstr. 42, Schwefelg. Str. 43, Weierstr. 13, No. Friedenstr. 4, Fo. Poststr. 65, W. Capener Str. 8, So. Poststr. 1.

Mannheimer General-Anzeiger
Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. L. 4-8. — Fernsprecher: Sammelnummer 240 51
Postfach-Konto: Karlsruhe Nummer 175 90. — Telegramm-Adresse: Remagel Mannheim

Anzeigenpreise: 32 mm breite Colonetypelle RM. -40, 70 mm breite Colonetypelle RM. 1.00. Für im Voraus zu beschaltenden Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Preise. Bei Konfirmation, Verlobung oder Jubiläumsvorgang besonderer Abmachung. Briefe werden für Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für telefonische Aufträge, Berücksichtigung Mannheim.

Mittag-Ausgabe

Freitag, 25. November 1932

143. Jahrgang — Nr. 550

Verständigung Hindenburg-Hitler gescheitert

Nach den ergebnislosen Verhandlungen mit Hitler soll heute der Zentrumsführer Raas Besprechungen mit den Parteien einleiten

Kommt Papen wieder?

Drahtbericht unseres Berliner Büros
□ Berlin, 25. Nov.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Hitler empfing der Reichspräsident gestern nachmittags noch den Führer des Zentrums, Prälat Raas, zu einer Aussprache über die Frage der Möglichkeit einer Wehrheitsbildung im Reichstag; die Wehrheitsbildung wird heute nachmittag fortgesetzt werden. Die Abgeordneten Eugenberger, Dingeldey und Schäffer wurden gestern nachmittag zur Entlassung des Reichspräsidenten von Staatssekretär Dr. Meißner über den Stand der Dinge unterrichtet.

Die Fortsetzung „der Möglichkeit einer Wehrheitsbildung im Reichstag“ dürfte nach der Situation, die sich aus der Abgabe Hitlers ergeben hat, nur mehr akademische Bedeutung haben. Immerhin wird Herr Raas heute nachmittag von neuem beim Reichspräsidenten erscheinen, und es verläutet, daß er in der Zwischenzeit nochmals mit den verschiedenen Parteien und zwar auch mit den Nationalsozialisten in Verbindung stehen wollte. Dieser Versuch wird — darüber ist man allenthalben sich einig — ohne Ergebnis bleiben. Der Reichspräsident wird festhalten müssen, daß alle Versuche, über eine Wehrheit des Reichstags zu einem neuen Kabinett zu gelangen, erfolglos bleiben und dann — man rechnet damit, daß das am Samstag geschehen wird — seine Entscheidung zur Bewältigung der Krise ohne parlamentarische Grundlagen treffen.

Es scheint nun, daß Hindenburg an der Verlesung des Reichstags und von Papen schärfsten Bedrohungen und am Sonntag nach neue die Bildung einer Regierung von ihm fordern wird.

Sollte es dazu kommen, so wird sich nach unserer Kenntnis Herr von Papen sich eine mehrteilige Wehrheit erlauben. Wir möchten allerdings annehmen, daß Herr Raas auch über die Möglichkeiten, die nach dem Scheitern der, lassen wir einmal Wehrheitsbildung, sich ergeben, mit Hindenburg gesprochen hat und von neuem mit ihm sprechen wird. Das gleiche dürfte die übrigen Parteiführer beim Staatssekretär Meißner geschehen haben. Herr Raas und Herr Schäffer, und vielleicht nicht sie allein, dürften den Reichspräsidenten davon zu überzeugen suchen, daß

Die Kläfferei Papens untragbar

ist, daß vielmehr dem ja auch von dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei geforderten Kabinett mit präsidialen Charakter eine breitere Basis als im verflochtenen geschaffen werden müsse. Erhalte man seine Wehrheit, so sei es jedoch gut und viel ist gar notwendig, wenigstens eine geschlossene und zahlenmäßig nicht unterdrückliche bürgerliche Front hinter die vom Vertrauen Hindenburgs getragene Regierung zu setzen. Danach bestände also durchaus noch die Möglichkeit, daß der Reichspräsident seine Meinung änderte. Das eine wird man jedenfalls in aller Öffentlichkeit festhalten dürfen, daß eine erneute Kanzlerwahl des Herrn von Papen keine sonderlich glückliche Lösung darstellen würde.

Ebenfalls ist, nachdem die Unmöglichkeit, mit Parteien und Parlament den Ausweg zu finden, von neuem mit überzeugender Deutlichkeit demonstriert wurde, das Präsidialkabinett ein ultima ratio. Doch kann man, um an ein Wort Luther's zu erinnern, die Welt nicht ausschließlich von oben regieren. Wir streiten mit einer auf äußerer gelegenen Opposition in einem neuen schweren Winter. Mit dem wiederbelebten Kabinett Papen, das in hoffnungsloser Isolierung sich befindet, dürfte man der drängenden Schwierigkeiten nur sehr schwer oder überhaupt nicht Herr werden.

Der Reichspräsident hat, wie wir hören, die Absicht, bevor er die endgültige Entscheidung trifft, doch noch die Führer der Sozialdemokratie zu empfangen,

um auch ihre Auffassung zur politischen Lage zur Kenntnis zu nehmen. Viel beachtet wird auch die Tatsache, daß gestern nach dem Scheitern der Verhandlungen eine Unterredung zwischen Hitler und Eugenberger stattgefunden hat, über deren Inhalt und Ergebnis allerdings von keiner der beteiligten Seite bisher irgend welche Mitteilungen gemacht worden sind.

Auch die Presse beschäftigt in fast lächerlicher Einmütigkeit eine Wiederkehr des Kabinetts Papen als ein Hindis. Selbst der „Volks-Anzeiger“ und der „Tag“ fordern trotz der unbestrittenen und wohl auch noch nie vor unversenkten Liebe ihres Chefredakteurs Eugenberger zu Herrn von Papen, daß die Zusammenlegung einer kommenden Wehrheitsregierung eine Verbesserung gegen die bürgerliche Wehrheit bedeuten würde, und dabei ist es im „Tag“, der Anerkennung der Leistungen, die

Das Nein des Reichspräsidenten

Die entscheidende Antwort Hindenburgs: Keine Präsidialvollmachten für Hitler

Drahtbericht unseres Berliner Büros
□ Berlin, 25. Nov.

Reichspräsident von Hindenburg hat gestern nachmittag den Vorschlag Hitlers zur Bildung eines Reichspräsidentenkabinetts abgelehnt und die Verhandlungen abgebrochen. Die entscheidende Antwort Hindenburgs wurde Hitler durch folgenden Brief des Staatssekretärs Meißner mitgeteilt:

Sehr verehrter Herr Hitler! Auf Ihr geehrtes Schreiben beziehe ich mich, Ihnen im Laufe des des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Wehrheitsregierung nicht für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben. In der von Ihnen für die Ablehnung gegebenen Begründung läßt der Herr Reichspräsident bemerken, daß er gerade nach den Ausführungen der Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, aber auch nach Ihren eigenen Ausführungen in der Besprechung vom 19. November im Gegenteil annehmen möchte, daß eine Wehrheitsbildung im Reichstag möglich war. Einen „inneren Widerspruch“ in keinem Auftrag vermag der Herr Reichspräsident nicht weniger anzuerkennen, als in meinem erläuternden Schreiben vom 22. November ausdrücklich auf die Möglichkeit einer weiteren Kläfferei hingewiesen war, falls eine der vom Herrn Reichspräsidenten erwünschten Voraussetzungen sich als ein entscheidendes Hindernis bei Ihren Verhandlungen erweisen sollte.

2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines „Präsidialkabinetts“ zu übernehmen. Er glaubt aber, daß vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei seine präsidialen Vollmachten zu geben, die immer erneut

ihre Ausschließlichkeit betont hat, und die gegen ihn persönlich wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen überwiegend verneinend eingestimmt war. Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von Ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen und zu einer außerordentlichen Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die Verheerend zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

3. Nachdem Sie zum lebhaften Bedauern des Herrn Reichspräsidenten sowohl in den bisherigen Besprechungen mit ihm als auch in Ihrer schriftlichen mit seinem Willen geführten Unterhaltung mit dem Herrn Reichspräsidenten General von Schleicher jede andere Art der Mitarbeit innerhalb oder außerhalb einer neu zu bildenden Regierung — gleichgültig, unter welcher Führung diese Regierung aus stehen möge — mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben, verpflichtet sich der Herr Reichspräsident von weiteren schriftlichen oder mündlichen Erörterungen über diese Frage keinen Erfolg.

Unabhängig hiervon wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der letzten Besprechung am Montag abgegebene Erklärung, daß seine Entscheidung für Sie allein ruhe, und wird immer bereit sein, Ihre Auffassung zu den künftigen Verhandlungen auszugeben, denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf diesem Wege mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich sehr verehrter Herr Hitler Ihre sehr ergebener (etc.) Dr. Meißner.

die Regierung Papen vollstreckt hat. Der „Botschafter“ nennt bei der Gelegenheit das erste Mal wieder in diesen Tagen den General von Schleicher als den Kanzler, der „nicht so heftigen Widerstand“ wie das letzte Kabinett zu begegnen haben würde. Die „Germania“ schließlich meint: „Etwas Neues

muß kommen, weil nur dieses Neue die Basis einer politischen Konzentration sein kann. Um diese Konzentration wird heute noch ein letzter Versuch gemacht werden“. Unter diesem „letzten Versuch“ wird man die Bemühungen des Prälaten Raas zu verstehen haben.

Eine halbamtliche Darstellung

Redlung des Wehrheitsbundes
— Berlin, 25. Nov.

Von unterrichteter Seite wird zu dem veröffentlichten Briefwechsel mit Adolf Hitler noch dazu hingewiesen, daß der Reichspräsident es für seine Pflicht gehalten habe, Hitler den bekannten Auftrag zu erteilen, die Führung einer Wehrheitsbildung in seiner ersten Besprechung mit dem Reichspräsidenten nicht zurückzugeben, sondern sogar in Aussicht stellen, eine Wehrheit für ein Ermächtigungsmandat zu gewinnen. Von nationalsozialistischer Seite wird nun behauptet, dieser Auftrag sei nicht erteilt gewesen, sondern habe durch die bekannten Bedingungen unmöglich gemacht werden sollen.

Dazu wird von zuständiger Stelle erklärt, daß das Wort „Bedingungen“ überhaupt nicht gefallen ist, sondern immer nur von Voraussetzungen die Rede war. Weiter wird die Stelle in dem Briefwechsel des Staatssekretärs Dr. Meißner unterstrichen, in der gesagt wird, daß

die Voraussetzungen keineswegs eine condition sine qua non seien, sondern man brauche kein absolutes Hindernis für die Regierungsbildung darin zu sehen, daß etwas der eine oder der andere Punkt sich als nicht durchführbar erweise.

Wenn von nationalsozialistischer Seite behauptet wird, daß Hitler den Voraussetzungen zugestimmt habe, so wird in Kreisen der Reichsregierung festgestellt, daß Hitler tatsächlich keine Einwendungen erhoben hat. Die hier bisher gegebene Darstellung bleibt also richtig. Aus dem Prozeß über die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern ergibt sich auch, daß auch noch keiner der Parteiführer Einspruch gegen die Festsitzung des Ermächtigungsmandats von Reich und Preußen erhob.

Reichspräsident Göring hat in seiner Pressekonferenz erklärt, wenn feststellbar werden würde, ob die Personalkonferenz zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten möglich sei, so würde sich sehr bald der Widerstand des Zentrums

und der Bayerischen Volkspartei ergeben haben. Hierin ist zu bemerken, daß dieses Projekt überhaupt nicht zur Debatte gekommen hat. Zwar in der Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler schon am 18. August war nur eine Lösung vorgeschlagen, nach der nicht der Reichskanzler, sondern der Vizekanzler und der preussische Ministerpräsident dieselbe Person sein sollten.

Weiter wird die Stelle in dem Briefwechsel des Staatssekretärs Meißner unterstrichen, in der ausdrücklich erklärt wird, daß

ein Kabinett Hitler sich ähnlich wie das Kabinett Schleicher mit der Zeit zum Präsidialkabinett wandeln könnte. Das ist nach Aufhebung politischer Kräfte in der Tat die große Chance, die der Reichspräsident dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung gegeben hat.

Die nationalsozialistische Führung hat aber zugegeben, daß Hitler keine Bedenken gehabt hat, sich über den Reichstag hinwegzusetzen, sondern daß er auch den Weg zum Präsidialkabinett für möglich hielt. Um so mehr hätte der Führer der NSDAP, dem Erlauchen des Reichspräsidenten entsprechen müssen. Hitler aber verlangte die bedingungslose Betrauung mit dem Kommando und wollte nach seiner Ernennung erst die Auseinandersetzung mit dem Reichstag beginnen. Das ist ein Weg, den der Reichspräsident nicht einem Parteiführer, vielmehr nur einer über den Parteien stehenden Persönlichkeit seines besonderen Vertrauens öffnen kann.

Was aus die Entfaltungen anlangt, die Hitler nach in seinem Schlußbrief vorbringt, so richten sie sich zum Teil gegen Dinge, die der Reichspräsident gar nicht von ihm verlangt hat, so, wenn er schreibt, daß er seine Bewegung niemals anderen als den Interessen des deutschen Volkes zur Verfügung stellen werde. Im übrigen ist der Eindruck dieses Briefes in politischen Kreisen, daß er nach Form und Inhalt zum mindesten ebenso ungewöhnlich und befremdend ist wie das Schreiben von nationalsozialistischer Seite veröffentlichte Kommuniqué.

Kampf um die Schuldfrage

Drahtbericht unseres Berliner Büros
□ Berlin, 25. Nov.

Der Versuch, mit Hilfe der Nationalsozialisten oder unter bestimmten Vorbehalten unter Hitlers Leitung ein neues Reichskabinett zu bilden, ist nach fast einwöchigen Verhandlungen, einem unablässigen Hin und Her von Briefen und Memoranden gescheitert. Schon bei der Kampfung um die Schuldfrage an, der diesmal, so wenig er an dem tatsächlichen Lauf der Dinge etwas zu ändern vermag, besonders heftig und vielleicht auch von länger Dauer sein wird. Herr Göring hat bereits vor den Vertretern der Presse nur scheinbar verheißt den Vorwurf ausgesprochen, daß der Auftrag an Hitler innerlich unanständig gewesen sei, da man von vornherein darauf ausging, den Verlust, mit ihm einig zu werden, scheitern zu lassen, um den Weg zu Herrn von Papen oder einem ähnlich geführten und zusammengeführten Kabinett zurückzuführen.

Aus der Umgebung des Reichspräsidenten werden solche Behauptungen natürlich ausdrücklich zurückgewiesen. Man hört bei der Gelegenheit noch, daß Hitler nicht nur für eine Wehrheitsbildung an sich, sondern auch für die Verfügung gestellt, daß er darüber hinaus sogar erklärt habe, diese Wehrheit auch für ein Ermächtigungsmandat in die von ihm geführte Regierung gewinnen zu können. Gerade auf Grund solcher Behauptungen — so wird auch erklärt — hat Hindenburg sich verpflichtet gefühlt, dem nationalsozialistischen Führer die Regierungsbildung anzutragen.

Hinterher haben alle Parteiführer, Herr Eugenberger eingeschlossen, mit einer Kameradschaft Hitlers, wenn auch mit unterschiedlichen Vorbehalten, sich einverstanden gezeigt. Allerdings auch sie nur unter der Voraussetzung, daß es sich um eine Wehrheitsregierung handelte. Die Bedingungen, mit denen Vorhaben Hitler die innerliche Undurchführbarkeit des ihm gegebenen Auftrags hat erweisen wollen, hätten sich im übrigen durchaus im Rahmen der Rechte gehalten, die die Verfassung dem Reichspräsidenten gibt. Zudem hätten sie keine condition sine qua non dar. Man weiß in diesem Zusammenhang auch auf die Tatsache hin, daß Hitler in keine Konflikte getreten habe, mit den Parteien zu verhandeln, und daß wäre doch notwendig gewesen, wenn er ernstlich nach der Bildung einer Wehrheit getrachtet hätte. Die Absicht, die er in seinem Memorandum vorgeschlagen hat, sei, obwohl Hitler es ausdrücklich bestritt, eben doch nichts anderes als das präsidiale Kabinett, dessen Leitung der Reichspräsident nun einmal einem Parteiführer nicht anvertrauen will und kann.

Daß Hitler letzten Endes zu ein parlamentarisches Kabinett gar nicht beabsichtigt haben kann, dürfte auch aus dem Gedanken hervorgehen, den er am Mittwoch in einer im Einverständnis mit Hindenburg verabredeten Unterredung mit dem General von Schleicher vorgetragen hat. Hier hat Hitler, wie wir aus besserer Kenntnis versichern können, erklärt, daß er den Anspruch auf die Regierungsbildung erhebe, daß er nur ein von einer parlamentarischen Wehrheit unabhängiges Kabinett zu leiten bereit sei und jedem anderen Versuch nach wie vor mit stärfster Opposition begegnen werde. Er würde kein anderes Kabinett tolerieren und dann auch nicht daran denken, einen der Seinen als sogenannten Vertrauensmann in eine Regierung zu entsenden, die nicht ausdrücklich und vorbehaltlos nationalsozialistisch sei. Diese Kampfanzeige hat Herr Göring gestern wiederholt.

Die Berliner Presse billigt fast ohne Ausnahme den Standpunkt des Reichspräsidenten und die Methode seiner Verhandlungsführung in der letzten Woche. Nur die „D.Z.“ — und das ist bei ihrer Haltung in den Tagen der Krise nicht verwunderlich — ist nicht in allen Punkten mit der Tatris zufrieden. Die vom Präsidialkabinett betriebene Wehrheit, „Jedermann kann verstehen“, so heißt es in dem Blatt, „daß Hindenburg schwerer oder fast unüberwindliche Bedenken gegen irgendeinen Parteiführer haben kann. Die es ihm verriet, mit diesem Mann als Reichskanzler zusammenzuarbeiten. Wenn sich aber nach größter Bemühung, mit der man einem anderen Weg suchte, schließlich herausstellte, daß die verantwortliche Mitarbeit der Nationalsozialistischen Partei in der Reichsregierung um keinen anderen Preis zu erhalten war, als um den Preis der Ernennung ihres Führers zum Ober der Regierung, dann wagen wir nicht zu entscheiden, in welchem Umfang die größere objektive Staatsnotwendigkeit lag.“

Der Briefwechsel zwischen Hindenburg und Hitler

Eine Dokumentensammlung über die Regierungsverhandlungen von historischer Bedeutung

Meldung des Wolffbüros
— Berlin, 25. Nov.

In der Unterredung, die am Samstag, den 19. November zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Adolf Hitler stattfand, erklärte Herr Hitler, daß er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stände. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in Verhandlungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werde. Dabei stellte sich der Herr Reichspräsident verständig die Bildung einer Reichsregierung unter Hitlers Führung an.

Bei seiner zweiten Besprechung am Montag, den 21. November, vermittelte über das der Herr Reichspräsident dem Herrn Adolf Hitler die folgende formalisierte Erklärung:

Der Auftrag an Hitler

Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts verwerfe. Ich verbleibe unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Mann geleitet wird, und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, Herr Reichspräsident, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb erlaube ich Sie, als den Führer der Parteien Partei beizutreten, so und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitstüchtige Mehrheit mit sich bringen, einschließlich Arbeitsprogramm im Reichstage haben würden. Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstagabend.

Hindenburgs Voraussetzungen

Auf Anfrage von Herrn Hitler stellte der Herr Reichspräsident folgende Voraussetzungen für eine Regierungs- und Reichstagsbildung, die er Herrn Hitler schriftlich formuliert übergab:

- 1. Einigkeit, Festlegung eines Wirtschaftsprogramms — Keine Wiederkehr des Dualismus Reich und Preußen — Keine Einschränkung des Artikels 48.
- 2. Persönlich befehle ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des Außenrichtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Betracht meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrechtlicher Vertreter des Reichs und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung.

Herr Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen und der Erklärung, seine Antwort dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.

Hitlers Rückfragen

In einem Schreiben an den Staatssekretär Dr. Weizsäcker vom gleichen Tage stellte Herr Hitler einige Rückfragen. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

Berlin, 21. November 1932.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär! Gestaltet von der großen Verantwortung in dieser schweren Zeit habe ich eine gründliche Durchprüfung des mir heute vom Herrn Reichspräsidenten anvertrauten Auftrags vorgenommen. Nach eingehenden Ausfragen mit zahlreichen Männern meiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens bin ich dabei zunächst zu folgendem Ergebnis gekommen:

Ein Vergleich der beiden Schriftstücke des mir gewordenen Auftrags einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen andererseits ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir unüberwindlich erscheinenden Widerspruch. Wie ich dazu Stellung nehme und davon meine endgültige Entscheidung abhängig mache, darf ich Sie, Herr Staatssekretär, bitten, die Ansicht des Herrn Reichspräsidenten (sachlich) und mir mitzuteilen, welche Regierungsform der Herr Reichspräsident wünscht und in diesem Punkte im Auge hat. Schließt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Überwindung der verfassungsmäßigen nötigen parlamentarischen Zustimmung, oder will Seine Excellenz ein parlamentarisches Kabinett mit Vorbehalten und Einschränkungen der mir bekannt gegebenen Art, die Ihnen sonstigen Weisungen noch nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit entsprechen werden können. Sie werden, Herr Staatssekretär, bei einem kritischen Vergleich der beiden Dokumenten unter Berücksichtigung der verfassungsmäßigen Voraussetzungen, der verfassungsmäßigen Stellung und damit Verantwortlichkeit einer parlamentarischen Regierung die Möglichkeit dieser grundsätzlichen Abklärung nicht vermissen. Hinsichtlich möchte ich noch, daß Herr Reichspräsident die Besetzung eines der parteipolitischen Führer des Reichstags vor und gebildet ist und deshalb in seinem zweiten Kabinett Präsidialkabinett wurde. Ich selbst habe mich nicht als „Parteiführer“ erklärt, sondern einfach als „Deutscher“, und nur am Deutschland vom Druck der Ereignisse zu erlösen, gründete und veranlaßte ich eine Bewegung, die weit über die Grenzen des Deutschen Reichs hinaus sich ausbreiten wird. Ich bin in die Parlamente einzeln hat seinen Grund nur in der Verfassung, die uns zwingt, diesen legalen Weg zu beschreiten. Ich selbst aber habe mich bemüht, nur jeder parlamentarischen Tätigkeit fernzuhalten. Der Unterschied zwischen meiner und der Auffassung des Präsidialkabinetts Pagen über die Möglichkeit einer autoritären Staatsführung liegt nur darin, daß ich gerade bei dieser Voraussetzung, daß sie eine Verantwortung im Bewußtsein ist, die im Interesse der deutschen Nation geschuldet ist, mein persönliches Ziel, mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener (act.) Adolf Hitler.

Meinere Antwort auf Hitlers Fragen
Staatssekretär Dr. Weizsäcker beantwortete am Dienstag, den 22. November, die Fragen des

Führers der NSDAP, Adolf Hitler. In dem Schreiben heißt es u. a.:

21. November 1932.

Sehr verehrter Herr Hitler!

Auf Ihr gefälliges Schreiben beziehe ich mich im Auftrag des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

Der Herr Reichspräsident sieht den Unterschied zwischen einem Präsidialkabinett und einer parlamentarischen Regierung in folgenden Merkmalen:

- 1. Das Präsidialkabinett — aus der Zeit der Zeit und dem Verlangen des Parlaments geboren — wird in der Regel die notwendigen Regierungsmassnahmen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es bezieht seine Rechtswirkungen nicht in erster Linie vom Reichspräsidenten, sondern von den Parteien, die die Mitglieder dieser Regierung ernennen. Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann.

2. Das Präsidialkabinett muß überparteilich geführt und zusammengefaßt sein und von dem Reichspräsidenten aus dem Reichstag als Gesamtheit der Parteien gebildet werden. Eine parlamentarische Regierung wird in der Regel von dem Führer einer der für eine Mehrheit, oder Koalition bildenden Parteien gebildet und unterliegt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur mittelbaren Einfluß hat. — Hiernach kann ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer der Koalitionsparteien seiner Bewegung, die für eine Mehrheit im Reichstag gebildet werden, nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein.

3. Reichskanzler Brüning hat bei seiner ersten Berufung ein ausdrücklich parlamentarisches, auf die Parteien gestütztes Kabinett gebildet, das sich erst allmählich zu einer Art Präsidialkabinett verwandelt hat, als der Reichstag bei der Besetzung der Reichskanzlerstelle sich dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten im

wesentlichen Maße erworben hatte. Auf ähnlichem Wege könnte naturgemäß auch eine von Ihnen geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit sich zum Präsidialkabinett wandeln.

4. Das Kabinett Pagen war ein reines Präsidialkabinett, das nur zurückgetreten ist, weil es eine Mehrheit im Parlament zur Bekämpfung oder zur Einführung seiner Maßnahmen nicht finden konnte. Ein neues Präsidialkabinett wäre also nur dann eine Verbesserung, wenn es diese Mängel beseitigen könnte und gleichzeitig die Eigenschaften des Kabinetts Pagen behält.

5. Nach diesen Ausführungen kann es sich bei dem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten an Sie, sehr verehrter Herr Hitler, nur um die Bildung eines parlamentarischen Reichskabinetts handeln. Der Herr Reichspräsident hat sich zu diesem Verlaufe entschlossen, nachdem keine Verhandlungen mit den Parteiführern die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheit im Reichstage für ein von Ihnen geführtes Kabinett ergeben und Sie selbst in der Besprechung am 19. November die Schaffung einer Mehrheit für eine von Ihnen geführte Regierung und für ein dieser zu erzielendes Ermächtigungsgesetz des Reichstags für unmöglich gehalten haben.

Die von dem Herrn Reichspräsidenten Ihnen auf Ihre Frage mitgeteilten „Voraussetzungen“ für eine solche Regierungsabklärung haben mit einer parlamentarischen Lösung nicht im Widerspruch. Der Herr Reichspräsident hat in der Besprechung der von seinem Amtsvorgänger wie auch von ihm selbst angegebenen Einzelpräzise jedem Kabinett gewisse grundsätzliche Forderungen aufgestellt, im übrigen haben auch die Besprechungen des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern erkennen lassen, daß genau diese Forderungen grundsätzliche Vorkläufe nicht befehlen. Falls inbezug eine der Ihnen bekannt gegebenen Voraussetzungen des Herrn Reichspräsidenten für die Regierungsabklärung nicht als erfüllbares Hindernis zur Erreichung einer höheren Mehrheit erweisen sollte, so würde das Wesentliche der erstens erzielten Verständigung über den Verlauf Ihrer Besprechungen sein.

Hitlers Abgabe und Gegenvorschlag

Konkret eines Reichskanzlers nötiger als jetzt und

2. daß ich doch auch darauf hinweisen, daß nach seiner Zeit so schwere Eingriffe in das parlamentarische Regierungsgeschehen vorgenommen wurden, wie unter dem Präsidialkabinett des Herrn von Pagen, die ich nun nachträglich den Parteien zur parlamentarischen Behandlung, und zwar zur Zulassung und Billigung, vorlegen soll.

3. Ich habe in rechtlichem Bewußtsein mit den anderen Parteiführern bereits meine Bereitwilligkeit erklärt worden sei, auf diese Vorbehalte einzugehen. Diese Erklärungen liegen jedwem falls nicht schriftlich vor. Was der Herr Reichspräsident dem Reichstagspräsidenten Göring vor der Erteilung des Auftrags des Herrn Reichspräsidenten an mich mit anderen Parteien sagte, geht dem Gegenteil hervor. Die Überzeugung war, daß ich im Falle des Scheiterns meiner Verhandlungen dem Herrn Reichspräsidenten in die Hände zu werfen könnte, ändert nichts an der Tatsache, daß man einfach mit Recht feststellen würde, die Erteilung eines übernommenen Auftrags sei mir nicht gelungen.

4. Die Folgerungen, die sich daraus für die nationalsozialistische Bewegung und damit auch für das ganze deutsche Volk ergeben würden, liegen auf der Hand. Ich habe in rechtlichem Bewußtsein mit den anderen Parteiführern immer wieder miteinander verhandelt, bin aber genau so, wie meine familiären Mitarbeiter, zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Auftrag infolge seines inneren Widerspruchs in sich unüberwindlich ist. Ich habe daher davon abgesehen, in diesen Tagen mit einer Partei Verbindung zu nehmen und bitte Sie deshalb, meiner Erklärung, dem hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, folgende ehrerbietige Meldung übermitteln zu wollen:

Den mir am Montag, dem 21. 11. M., vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag kann ich infolge seiner inneren Unüberwindlichkeit nicht entgegennehmen und lege ihn daher in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurück.

Angesichts der revolutionären Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Leben zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos verfallen, möchte ich noch wie vor dem ehrwürdigen Herrn Reichspräsidenten und Reichskanzler des Reichstags die nationalsozialistische Bewegung mit dem Glauben, der Arbeit und der Befähigung der deutschen Jugend zur Verfügung stellen. Ich schlage daher unter vollständiger Umgehung aller immer mehr verwirrenden Begriffe folgenden positiven Weg vor:

1. Der Herr Reichspräsident (jedenfalls nicht am 20. Tage der Kulturverteilung an Bonn) 14 Stunden in kurzen Programmen über die dringlichsten innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorzutragen.

2. Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen 14 Stunden dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.

3. Ich werde neben anderen auch der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als Leiter mit bekannten persönlichen Verbindungen General von Schleicher, für das Reichsfinanzministerium Herrn von Neuzath vorschlagen.

4. Der Herr Reichspräsident ernannt mich darauf zum Reichskanzler und befehligt die von mir vorschlagenden und von ihm anerkannten Minister.

5. Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, ein Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen und gibt mir zu dem Zweck seine Billigung, die in so kritischen und schweren Zeiten aus parlamentarischen Reichskanzlern nie verlag werden hat.

6. Ich verpönde, daß ich unter vollem Einverständnis meiner Partei und meiner Bewegung mit auslösen will für die Rettung unseres Vaterlandes.

Eine letzte Antwort Hitlers

Hitler hat am Donnerstag nachmittag nach Empfang der Abgabe Hindenburgs, die mir auf Seite 1 veröffentlichten, an Staatssekretär Weizsäcker folgende Erklärung geschrieben:

Indem ich Ihre Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlags zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält, zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend, nach ein paar Zeilen, folgende Erklärung abgeben:

1. Ich habe nicht den Verlaufe der Bildung einer parlamentarischen Reichsregierung für ausgeschlossen gehalten, sondern nur infolge der daraus resultierenden Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2. Ich habe darauf hingewiesen, daß wenn Bedingungen gestellt werden, die in der Verfassung begründet sein müssen.

3. Ich habe nicht die Forderung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet.

4. Ich habe zum Unterschied anderer unentgeltlich die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Reichsregierung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gelegentlichen Vorbedingungen arbeiten zu wollen.

5. Ich habe nicht nur meine Parteiführer, sondern auch, wie im August dieses Jahres, so auch jetzt bereit, mit all den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Diese Verhandlungen wurden erfolglos geblieben, weil an sich die Möglichkeit bestand, das Kabinett Pagen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten. Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen außerparlamentarischen Kräften der Nation gezwungen zu werden, da ich dazu trotz längerer Ausdehnungen schon in diesem Sommer alles zur Verfügung gestellt habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinett eine außerparlamentarische Kraft zu haben, und ich habe so auch in der Beurteilung der Tätigkeit des Reichstags die Tätigkeit dieses Kabinetts nicht mehr behalten.

6. Ich habe auch dieser Erkenntnis Herms auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur neuen Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7. Ich war vor allem nicht bereit, und werde auch in Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich vor meinem Gewissen, der Türe der von mir geschaffenen Bewegung und der Erlösens der Millionen deutschen Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weitergehenden Verelendung entgegengeführt werden.

Im übrigen bitte ich Seine Excellenz, dem Herrn Reichspräsidenten noch wie vor dem Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen. Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener

(act.) Adolf Hitler.

Kampfanfrage der NSDAP

Meldung des Wolffbüros
— Berlin, 25. Nov.

Reichstagspräsident Göring empfing gestern Abend Vertreter der in- und ausländischen Presse, um als politischer Beauftragter Hitlers den Standpunkt der nationalsozialistischen Führung zu der jetzt gegebenen Situation darzulegen. Es erzehe sich die Frage, in erklärte Göring, inwieweit möglich die erste Abfahrt beabsichtigt habe, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden, oder ob es nicht darauf ankommen sei, die Unmöglichkeit der parlamentarischen Reichsregierung festzustellen, um damit den Grund für die Erklärung eines Notstands und die Konstituierung eines Präsidialkabinetts zu haben.

Göring bekräftigt, daß Hitler und die übrigen Parteiführer die Vorbehalte des Reichspräsidenten bereits grundsätzlich anerkannt hätten. Schon der Vorbehalt in der Frage des Dualismus zwischen Reich und Preußen hätte nach nationalsozialistischer Auffassung die Reichsregierung verurteilt. Ebenso sei der Vorbehalt wegen der Befähigung des Reichspräsidenten und des Reichsaußenministeriums eine Einschränkung der Rechte und der Verantwortung des Reichspräsidenten. Zum Schluß erklärte Göring dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung sei die Vollmacht verlag worden, die Hitler bei jeder anderen Kabinettbildung erteilt worden sei. Außerdem habe der Reichspräsident gegenüber Adolf Hitler ausdrücklich erklärt, daß das verlässliche Vertrauensverhältnis nicht gegeben sei. Jedes andere Kabinett aber werde von der NSDAP (bisher) scharf bekämpft werden wie das Kabinett Pagen.

Die Meinung der Bayern

Meldung des Wolffbüros
— München, 25. Nov.

Über den Ausgang der Verhandlungen zur Überwindung der Regierungskrise schreibt die „Bayerische Volkspartei - Korrespondenz“, die Bayerische Volkspartei wäre bereit gewesen, selbst die überlieferten Opfer als Partei zu bringen, um dem Gedanken einer nationalen Konzentration zum Siege zu verhelfen. Wenn sich der Reichspräsident hätte entschließen können, Hitler als seinen Vertrauensmann mit der Führung eines Kabinetts zu betrauen, das eine arbeitstüchtige Mehrheit hinter sich gesammelt hätte, so wäre eine solche Lösung sicherlich nicht an der Bayerischen Volkspartei gescheitert, obwohl Hitler niemals in einem Raum des Vertrauens der Bayerischen Volkspartei werden könne. Die NSDAP hätte Hitler unter bestimmten Voraussetzungen nicht die Möglichkeit genommen, zu sehen, ob er gewillt oder fähig sei, eine dem Vaterland und allen Ländern gleich ersichtliche Partei zu machen. Mehr als eine bemessene Bewandlung hätte allerdings ein von Hitler geführtes Kabinett nicht beanspruchen können.

In der Sitzung des Reichspräsidenten im 21. Wahlkreis Düsseldorf-Bach wurde festgestellt, daß der NSD, infolge der Eilenverbindungen mit Düsseldorf-Oh ein weiteres Reichstagsmandat zu läßt, das Walter Frank in Bochum überreicht wird. Der Reichstag hat jetzt alle 50 Abgeordnete.



Die Problematik der Werbefläche

Das Zugabewesen ist heute eine so hart umkämpfte Frage, daß eine Auseinandersetzung mit der Problematik der Werbefläche durch den Werbefläche-Verband im Rahmen des werbewissenschaftlichen Seminars der Handelskammer sehr zu begrüßen war. Stadtrat Dr. Schmitt-Schmalzer wies auf die geringe Bedeutung der Werbefläche für die Allgemeinheit hin und betonte, daß der Aufwand in keinem Verhältnis zum wirtschaftlichen Wert stehe. Die Werbefläche ist im Rahmen der geschäftlichen Werbung eine besondere Art, denn sie enthält als eigenes Moment der Werbung die Zugabe. In gewissem Sinne stellt die Werbefläche ein Geschenk dar.

Der Einwand, daß die Werbefläche besondere Aufwände erfordert und die Preisgestaltung beeinflusst ist nicht von ausschlaggebender Bedeutung, denn derartige Aufwände sind Bekanntheits- oder allgemeiner Werbeflächen. Die Werbefläche ist nicht für alle Betriebe geeignet, denn sie erfordert eine genaue Kalkulation und vor allem eine besonders durchgeübte werbewissenschaftliche Organisation.

Ein planvoller Beschluß der Zugaben ist unbedingt notwendig.

Für den Kaufmann wichtig zu wissen ist es, ob die Methode der Schaureklame, der Angebotsreklame oder die Methode der Werbefläche wirkungsvoller ist. Die Angebotsreklame ist eine mehr intellektuelle Werbung, während die Werbefläche weniger nachdenklich des Käufers erfordert. Allerdings ist für die Werbefläche eine Vorbereitung durch Angebotsreklame notwendig. Ueber das Rechtliche der Werbefläche besteht kein klarer Standpunkt.

Die anschließende Aussprache leitete Professor Dr. Paffel, der das Problem der Werbung zur Diskussion stellte. Aus dem für und wider mögen die wesentlichen Darlegungen angeführt sein, um zu zeigen,

wie verschieden die Werbefläche bewertet und angesehen wird.

Die offenbar harte Wirkung der Werbefläche wird durch die Bindung hervorgerufen, da die Gutshinwendung Kaufswohnheiten schafft und auch zum Teil die Verhinderung eines besonders vorteilhaften Kaufes erzwingt. Der Vorteil für den Verkäufer besteht in der genauen Kalkulation, denn es zehrt ein geringes Risiko bei größter Erfolgswahrscheinlichkeit ein. Eine Gefahr für den Käufer besteht darin, daß mit der Zugabe eine Preissteigerung oder eine Qualitätsminderung verbunden sein kann. Noch größer ist die Gefahr einer unrichtigen Anschaffung, wenn die Werbefläche in übermäßigem Gebrauch durch die Sammelwerblichkeit oder zum Verkauf eines Artikels führen. Schließlich steht auch noch die Gefahr für eine gute Qualität der Zugabe. Der allgemeine Wert der Werbefläche könnte darin erblickt werden, daß

für verschiedene Industrien eine ansehnliche Produktionsmöglichkeit geschaffen

wird. Die allgemeinen Nachteile bestehen in einer Schädigung des branchenmäßigen Einzelhandels.

Für ein Verbot der Werbefläche sprechen die Ansichten, daß eine Zugabe etwas Unlauteres ist und daß der Zweck der Reklame nur darauf beruht, auf Güte und Preiswürdigkeit der Ware aufmerksam zu machen. Wegen ein Verbot der Werbefläche spricht die Tatsache, daß mehr Werte gegeben werden können, wenn ein Teil der Angebotsreklame durch Werbefläche ersetzt wird. Auf alle Fälle ist die Angebotsreklame die edlere Form der Werbung. Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt ist die Werbefläche nicht abzulehnen, denn sie ist genau so berechnungsmäßig wie jede andere Reklameart.

Reggermeister Heinrich Klein 60 Jahre

Am heutigen Freitag kann Reggermeister Heinrich Klein, L. U. 3, seinen 60. Geburtstag feiern. Heinrich Klein, ein geborener Mannheimer, kam schon in jungen Jahren nach Mannheim, um sich sehr früh selbstständig zu machen. In einem gutgehenden, auf Qualitätsbewusstsein abzielenden Geschäft führte er sich durch Fleiß und Sparsamkeit die Grundlagen seiner Existenz. In den Kreisen der Jungmannschaftler schätzte man ganz besonders sein reges Interesse für alle Bestrebungen zur Förderung des Fleißerwerkes. Dies geht schon daraus hervor, daß er seit Jahren dem Vorstande der Fleißerinnung Mannheim angehört, daß er Mitbegründer der Süddeutschen Fleißerschweiz e. V. m. B. H. Mannheim und der Einkaufs- und Verwertungsgenossenschaft der Fleißerinnung Mannheim e. V. m. B. H. ist, die im Jahre 1931 unter seiner Mitwirkung als Aufsichtsrat vom 1. Vorlesender funktioniert wurden. Ferner ist er Vorsitzender der Geseits- und Reichsprüfungskommission für das Fleißerwerkes. Wir wünschen Herrn Klein, daß ihm die Richtigkeit, mit der er seinem Geschäfte nachgeht, noch recht lange erhalten bleiben möge.

* Aus dem Stadtbild Heidelberg. Die Ausgestaltung des Allmendegeldes durch die städtische Unterverwaltung für das durch den Kanal weggenommene Gelände, sowie der Sportplätze und der Schreberstädten erfolgte am Dienstag. Im ganzen wurden 13.000 Mark an 381 genehmigte Bürger ausbezahlt.

Handelskammerpräsident Dr. Venel zur Wirtschaftslage

Vollversammlung der Handelskammer für den Kreis Mannheim

Am Montag, 21. November, fand eine Vollversammlung der Handelskammer für den Kreis Mannheim statt.

Präsident Dr. Venel gedachte des am 20. Oktober 28. J. verstorbenen Herrn Kommerzienrat Richard Seewald, der der Kammer von 1908-1928 als Mitglied angehört hat und von 1915-1928 erster Vizepräsident der Kammer war. Er erwähnte die reichen Verdienste, die sich der Verstorbenen während seiner Tätigkeit erworben hat. Die Kammer wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorsitzende auf einen Überblick über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in den letzten Wochen.

Er führte u. a. folgendes an:

Selt unserer letzten Vollversammlung am 14. Oktober d. J. sind zwei wichtige politische Ereignisse eingetreten, die auf die europäische und ganz besonders auf die deutsche Wirtschaft von großem Einfluß sein dürften, ohne daß es heute schon möglich ist, die ganze Tragweite richtig einschätzen zu können. Einmal der Sieg der Demokratischen Partei bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl.

Ein zweites, das amerikanische Programm hat der Sieger bei der Wahl, der künftige Präsident Roosevelt, zwar noch nicht bekanntgegeben. Immerhin ist aus seinen Reden zu entnehmen, daß er für eine Überwindung des existenzbedingten amerikanischen Jolltarifs eintreten wird, während im Gegenzug zu ihm sein Gegner, der unterlegene Präsident Hoover, eine weitere Erhöhung der amerikanischen Zölle in Aussicht genommen hatte.

Hoover hat in seiner Wahlkampagne durchsagen lassen, daß er den Vätern entgegenkommen will, die den amerikanischen Produkten und Fertigfabrikaten einen weiteren Abzug auf ihren Märkten ein-

räumen wollen, während von Roosevelt nur bekannt ist, daß er durch eine Milderung der amerikanischen Zolltarifen gegenüber den europäischen Ländern versuchen will, durch Ausdehnung ihres Warenabfahrs die Begleichung ihrer Schulden zu erleichtern. Da das Abkommen von Versailles bislang noch von keinem Parlament ratifiziert ist und Frankreich wiederholt darauf hingewiesen hat, daß ihm das große Entgegenkommen Deutschland gegenüber nur möglich ist, wenn auch seine Gläubiger ihm ein entsprechendes Entgegenkommen beweisen, sind wir an der Stellung der Amerikaner ihren europäischen Schuldnern gegenüber sehr interessiert.

Eine weitere Frage, die besonders Deutschland berührt und in Deutschland besonderes Interesse hervorruft, ist das

Problem der Prohibition.

Beide Präsidentschaftskandidaten haben sich für eine Milderung der Prohibition ausgesprochen und der demokratische Kandidat Roosevelt hat gerade in dieser Frage für die Wünsche der meisten Amerikaner besonders Verständnis gezeigt. Es wird aber unter allen Umständen, selbst wenn die derzeitige gültige Stimmung für die Aufhebung anhält, noch lange Zeit dauern, bis die Einfuhr deutscher Alkohols nach Amerika möglich sein wird. Ich betone das, damit nicht die Weingewinner und Weinbinder sowie die Brauindustrie und die Brauwarenindustrie eine Enttäuschung erleben. Den deutschen Wünschen kommt jedoch, daß der amerikanische Staat ein ungeheures Defizit aufweist, so daß es dem Finanzminister willkommen sein muß, aus der Einfuhr von europäischen Weinen hohe Zolleinnahmen zu erzielen.

Das zweite für uns besonders wichtige und bedeutende Ereignis ist die

Demission der Regierung Papen

Wer an seine Stelle treten wird, ist noch unbestimmt. Wir wollen aber wünschen, daß in Wirtschaftfragen der bisherige Kurs beibehalten wird. Denn wenn ich mich auf unserer letzten Vollversammlung mit einiger Vorbehalt zu einer gewissen Javertität hinsichtlich der Entwicklung der deutschen Wirtschaft bekannte, so kann ich heute schon mit größerer Bestimmtheit mich äußern, da inzwischen die Tatsachen meiner Erwartung recht entsprechen. Ich möchte aber nicht, daß Sie sich mit meiner Auffassung allein begnügen. Ich werde die Zahlen verwenden, die Direktor Wöhrmann von der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft auf der Hauptversammlung der Bank letzten Freitag bekannt gegeben hat, da der Direktor eines unserer größten Bankinstitute, der auch in Berlin in tägliche Berührung mit zahlreichen Persönlichkeiten kommt, sich wohl ein Urteil über die Lage bilden kann als ich selbst. Bedauerlich ist, daß infolge des erhöhten Inflationswertes die ungewöhnlichen Erfolge, die bereits erzielt wurden, entweder nicht anerkannt oder unbillig verkleinert wurden.

Was wir auf dem richtigen Wege sind, beweisen unumstößliche Zahlen, wie z. B., daß in der ersten Novemberwoche die Anzahl der Preisdienstleistungen um arbeitstäglich 18.000 auf 11.568 gegenüber der Vorwoche zurückgegangen

ist, die in der gleichen Vorwoche noch 19.068 betragen haben. Die Arbeitslosigkeit ist im Oktober auf arbeitstäglich 20.100 gegen 15.100 im September gesunken. Die Stromerzeugung bei 122 Großelektrizitätswerken betrug im September 41 Millionen kWh gegen 31,1 und 37,0 in den beiden Vormonaten. Auch die Sportfischereifänge haben ihr Ende gefunden. Wenigstens in dem letzten Monat haben sich Fänge und Menge die Waage gehalten und dies trotz der großen Arbeitslosigkeit und trotzdem wir im Beginn des Winters leben, wobei der Bevölkerung immer besonders große Ausgaben erwachsen. Die Arbeitslosigkeit ist selbst bei dem Ende September d. J. bis Ende Oktober nur um 6000 Personen zugenommen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres die Zunahme 207.000 betrug, wobei allerdings nicht außer acht gelassen werden darf, daß wir trotz der sich anbahnenden Besserung immer noch 487.000 Erwerbslose mehr haben, als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Der deutsche Außenhandel ist im Jahre 1932 bisher in jedem Monat aktiv gewesen. Der Aufwärtstrend beträgt von Januar bis einschließlich Oktober 1932 21,7 Mrd. M. Wenn er damit auch gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 638 Prozent zurückgeht, so ist doch zu bedenken, daß die Einfuhr um 39,9 Proz. und die Ausfuhr um 41,1 Proz. zurückgegangen, also eine erhebliche Schrumpfung des gesamten Handels eingetreten ist. Als erstes wichtiges Zeichen ist festzustellen, daß der

deutsche Außenhandel im Oktober gegenüber September sowohl in der Einfuhr als in der Ausfuhr wieder eine Aufbesserung erfahren hat.

Die Zunahme beträgt in der Einfuhr 37,9 Mrd. M. = 10,5 v. H., in der Ausfuhr 28,0 Mrd. M. = 5,9 v. H. Die Zahl der Kontrakte ist im Deutschen Reich in der Zeit vom Januar bis Oktober 1932 gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres um 15,4 v. H., die Zahl der Verleihungsverträge um 16,4 v. H. zurückgegangen. In diesen Zahlen, die wohl an und für sich schon demeritisch sind, möchte ich noch hinzufügen, daß das Ergebnis der Konferenz von London den Kredit des Deutschen Reiches weitgehend wieder hergestellt hat. Die gesamten deutschen Reichsschulden belaufen sich zwar auf den für ein verarmtes Volk immerhin sehr beträch-

lichen Betrag von 11 Milliarden, was noch eventuell die drei Milliarden der Posten der Kirche kommen. Aber im Verhältnis zu der Schuldenlast sämtlicher anderer Großmächte und die Verdrängung des Deutschen Reiches als verhältnismäßig geringfügig betrachtet werden.

Wenn ich die Erleichterung, die unseren Kredit in der Welt die Vorkammer Konferenz gebracht hat, wenn ich die Auswirkungen der guten deutschen Ernte, die uns Hunderte von Millionen Dollarsinnahmen in diesem Frühjahr erwarten wird, wenn ich die Erleichterung, die die deutsche Unternehmenseinheit durch die Steuererleichterung erfahren hat, deren Summe ca. anderthalb Milliarden beträgt — eine Summe, deren Bedeutung erst dann richtig gewürdigt wird, wenn Sie bedenken, daß die gesamten Dividendenauszahlungen im Jahre 1927 14 Milliarden betragen haben —, berücksichtige, und wenn ich schließlich noch in Rechnung ziehe, daß bei allen, die vorurteillos und objektiv die deutsche Lage betrachten, ein berechtigtes und von Monat zu Monat sich steigendes Vertrauen in die deutsche Wirtschaft sich wieder einstellt, so glaube ich an der Hoffnung berechtigt zu sein, daß falls nicht große Ungeschicklichkeiten in der deutschen Innenpolitik gemacht werden, oder wenn wir nicht in der deutschen Außenpolitik große Fehler begehen und wenn nicht, was aber nicht zu erwarten steht, die Tendenz der Rohstoffmärkte wieder rückwärts wird, wir für das Jahr 1933 eine

wesentliche Besserung der Wirtschaftslage erwarten dürfen.

Der Winter wird allerdings noch sehr schwer sein.

Ueber die Frage „Eisenbahn oder Kraftwagen“

berichtet Dr. Vinden, wobei er auch auf die Verhandlungen innerhalb des Kraftverkehrsgewerbes zu sprechen kam. Wenn auch die Ansichten einer Lösung des Problems von der Seite des Gewerbes der gleichen sind, so erhebt sich doch die Gefahr, daß die Reichsbahn mit ihren Monopolstellungen durchdringt, was nicht gebührt. Die Entwicklung der Angelegenheit muß mit äußerster Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Die Aufhebung des § 8 ESO im Eisenbahngesetz ist ein wichtiger Schritt der deutschen Wirtschaft mit großer Sorge. Die Vollversammlung trat der Entschiedenheit des Verkehrsministeriums des Deutschen Reiches und dem Umstand, daß der Wortlaut des § 8 in vollem Umfang aufrechterhalten werden müsse, einmütig bei. Auch die Auswirkungen des Bahnsperrgesetzes sind sehr bedenklich.

Ferner legte Dr. Vinden die Bemerkungen der Handelskammer um eine

Erklärung des Rohlenumschlagtarifs 6 u

dar, die jedoch leider bisher ohne Erfolg geblieben sind. Mannheim leidet insbesondere darunter, daß es einen ungünstigeren Nachschlagetarif als Karlsruhe hat, aus welchem Grunde der Kohlenumschlag mehr und mehr nach Karlsruhe abwandert.

Professor Dr. Blauheim be sprach an der Frage „Schule und Wirtschaft“ eine durch den Deutschen Industrie- und Handelskongress ausgearbeitete Denkschrift, die die Aufstellung der Wirtschaftskräfte in mehreren Vorträgen zusammenfaßt. Die Denkschrift wurde den Landesregierungen angeleitet. Die Kammer wird nach Vorbereitung in einer Kommission an den aufgeworfenen Fragen in einzelnen Stellung nehmen.

und wir werden ihn nur gut überleben, wenn alle zusammenhalten. Deshalb ergreife ich auch sehr gerne noch einmal die Gelegenheit, Sie ebenso herzlich wie dringlich zu bitten, daß jeder von Ihnen sein Kräftebündel in und in seinem Bekanntheitskreis nach Kräften wirft, um der hiesigen Wirtschaft die Summe zuzuführen, deren wir bedürfen, um die große Anzahl von Erwerbslosen in hiesiger Stadt durch den Winter zu bringen.

Vizepräsident Dr. Bögele berichtete über die Verhandlungen des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses, die in der letzten Woche in Berlin stattgefunden haben und deren Ergebnis in der Presse veröffentlicht wurde. Herr Dr. Bögele gehört dem Ausschuss von deutscher Seite als Mitglied an. Ueber die bevorstehenden Handelsrichterverwahlen referierte Professor Dr. Blauheim. Die Amtsperiode der Handelsrichter geht am 31. Dezember 1932 zu Ende. Die erforderlichen Vorschlagsnamen wurden durch die Vollversammlung angenommen.

In eingehenden Darlegungen erörterte Dr. Krieger die Frage der

Besteuerung der Großbetriebe im Einzelhandel

Der Einzelhandelsausschuß der Kammer hat in einer Sitzung, die vor Kurzem stattfand und über die in der Presse berichtet wurde, beschlossen, die Vorschläge, durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer den Ausgleich zwischen mittelständlichen Betrieben und Großbetrieben herbeizuführen, abzuweisen und demgegenüber die Frage zu prüfen, ob auf dem Weg eines Zuschlags zur Gewerbesteuer für Großbetriebe und Hilfsbetriebe der gewünschte Ausgleich zu finden ist. Bezüglich der Verteilung der Steuern hat der Ausschuss gefordert, daß das Steueraufkommen aus Hilfsbetrieben nach gerechteren Grundlagen verteilt wird.

Der im Frühjahr d. J. unter Zustimmung der Stadtverwaltung Mannheim von der Handelskammer und der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Dienstleistungsunternehmen von Mannheim und Umgebung dem Badischen Finanzministerium vorgelegte

Entwurf für die Zugung eines Dolentarifs für die gesamten Mannheimer Güter

hat nach einem Bericht von Dr. Hildebrandt die Zustimmung des Finanzministeriums nicht gefunden. Statt dessen schlug das Finanzministerium eine Organisation vor, die nicht als zweckdienlich angesehen werden kann. Die harte Beschränkung der Zahl der Vertreter aus der Wirtschaft macht den Dolentarif für die Erfüllung seiner Aufgaben unannehmlich, die darin bestehen, dem Eigentümer des Gutes als beratendes Organ zur Seite zu stehen und ihm durch tatsächliche Beurteilung und selbständige Anträge seltene und seltene Unterfertigung zu leisten. Großen Bedauern hat es auch in den Kreisen der Wirtschaft hervorgerufen, daß die hiesige Regierung sich geneigt hat, in den zu leistenden Beitrag nicht nur die hiesigen Güter, sondern auch den hiesigen Industrie- und Dienstleistungssektor einzubeziehen und auf diese Weise für die gesamten Mannheimer Gütergebiete einen einheitlichen Beitrag zu bilden. Von der Einsicht der Organisation abgesehen, könnte ein solcher Beitrag Ausgangspunkt für die vom Reichsfinanzministerium angeregte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verwaltung und Förderung der oberbayerischen Güter werden. Die Vollversammlung beschloß, die von der Regierung vorgelegte Organisation abzulehnen.

Dr. Ullm erstattete Bericht über die Frage der Devisenbewirtschaftung.

Für die nächste Zeit greift in der Art der Aufteilung der Devisen an die interessierten Firmen eine grundsätzliche Neuverteilung Platz. Es wird nämlich nicht mehr wie bisher mit der Errechnung des Grundbeitrages für die Warenzufuhr der Beitrag für ein Kalendervierteljahr im voraus auf Grund der Beiträge der entsprechenden Zeit des Vorjahres festgesetzt, vielmehr werden erstmalig die Monatsbeiträge für ein halbes Jahr, d. h. also für Januar bis einschließlich Juni 1933, errechnet. Für die Ermittlung der Grundbeiträge wird von dem vom dem Amtsdirektor in der Zeit vom 1. Juli 1930 bis 31. Juni 1931 für die unmittelbare Warenzufuhr geleisteten Auslandszahlungen ausgegangen. Die ermittelte Gesamtsumme dieser Zahlungen wird durch die Anzahl der berücksichtigten Monate (12) dividiert. Von der so festgestellten Zahl wird ein Anteil abgezogen, der dem Wert- und mengenmäßigen Aufschlag der deutschen Einfuhr seit der Vergleichszeit (1. Juli 1930-30. Juni 1931) entspricht. Dieser sogenannte „Minderungskoeffizient“ stellt sich naturgemäß bei den verschiedenen Warengruppen in verschiedener Weise dar. Der auf diese Art errechnete Grundbeitrag erklärt eine weitere Kürzung um die Beiträge, die das Reichswirtschaftsministerium auf Grund der jeweiligen Devisenlage festsetzt. Diese Kürzungen haben in den letzten Monaten ungefähr 50 v. H. betragen. Es steht zu hoffen, daß mit dieser Abänderung des bisherigen Verfahrens eine individuellere Behandlung der einzelnen Anträge eintreten kann.

Dr. Ullm gibt abschließend noch bekannt, daß in der Frage der Luftverkehrsbeurteilung auch in Mannheim ein Ortsverein gegründet werden soll. Die Kammer widmet diesen Bestrebungen ihr volles Interesse.



25 Jahre Coffeinfrei-Erfahrung-d.h. Spitzenleistung in Güte und Geschmack.- Daher Kaffee Hag und keinen andern

Der Weindiebstahl in Feudenheim

In dem bereits kurz gemeldeten Diebstahl in Feudenheim erfahren wir noch, daß die Diebe sehr genau mit den Orientierungen vertraut gewesen sein mußten. Der zum Wein Keller umgewandelte Lagerplatz am Ausgang der Zellstraße wird von einem scharfen Hund bewacht, der jeden Fremden angreift und unbedingt jamerkläftig ist. Um so rätselhafter erscheint es, daß die Diebe trotz des Hundes ungehindert arbeiten konnten und dabei dem Tier kein Leid zugefügt haben. Es besteht die Möglichkeit, daß entweder ein anderer Hund zur Ablenkung des wachbittigen Hundes miteingesetzt wurde oder daß ein dem Hund nicht ganz unbekannter das Tier mit einer Locke besänftigte. Da es unmöglich war, die großen Vorräte mitzunehmen, füllten die Diebstahligen (siehe der aufgeschriebenen Weinständer) mit Äpfeln. In der Dunkelheit hatten sie allerdings nicht bemerkt, daß diese Früchte nicht ganz sauber waren, denn es handelte sich um Fäffer, die vor einiger Zeit von der Kaufhaus zurückgegeben worden und zur Weinlagerung bestimmt waren. Das zum Verschleffen der Beute ein Wagen verwendet worden ist, dürfte zweifellos richtig sein, denn jeder gefüllte Fäffer kann man nicht wegtragen. Außerdem waren ja nicht nur die Weinständer verpackt, sondern auch noch das gesamte Handwerkszeug, das ein Käfer und Weinständer zur Zubereitung seines Berufs benötigt. Sehr wahrscheinlich beschafften die Diebe mit den fortgeschickten Dingen ein eigenes Geschäft aufzumachen, denn sie bestien sich auch gleich mit einem Koffergeld und mit den erforderlichen Werkzeugen ein. Der Geschädigte hat eine Belohnung in Höhe von hundert Mark für die Ergreifung der Täter angelegt.

Warenverkauf in Trinkhallen

Der Landesverband Baden der Trinkhallenbetreiber ersucht um Untersöhnung aus der in Nr. 52 veröffentlichten Ausführungen des V.D.B. um Aufnahme folgender Erwiderung:

Der Warenverkauf in Trinkhallen beschränkt sich nur in kleinsten Mengen an Gütern zum persönlichen Konsum und ist völligem Verkehr. Von einem weitgehenden Warenverkauf ist nicht entfernt die Rede. Als Konsum für den Einzelhandel kommen nur kaum in Betracht. Unsere Verkäufe bestehen aus einem Wenig-Bestell. Wir führen allerlei Lebensmittel und Genussmittel, wie z. B. die Konditorei-Kaffees, Automaten und Süßwaren, und verkaufen wie jede Geschäfte. Doch wir können unsere Einkäufe nicht erziehen, ist nachweisbar. Der Käufer geht im allgemeinen in ein Spezialgeschäft. In einem „Wenig-Bestell“ nehmen wir überhaupt keinen Anteil. Man möge uns daher das schonen, was uns noch in ein bis zwei Stunden noch zuzufügen ist, an Sonntagen zulassen.

Wir sind konzentrierte Geschäfte, also Bedarfsbetriebe. Diese Betriebe sind angefallen, weil es auch nach hiesiger Lage keine gibt, die erst in diese Zeit ihre Arbeitstätte verlassen können, auf der Welle sind um. Diese Personen können nicht angenommen werden, in eine Wirtschaft zu gehen. Sie müssen das gleiche Recht haben, an einer Trinkhalle zu kaufen, wie der Andere, der wünscht, in das Lokal zu gehen. Jedem sein Recht! Die Trinkhallenbetreiber haben keine das nahte Leben. Daraus ändert die Tatsache nichts, daß die eine oder die andere Trinkhalle in guter Verkehrslage etwas besser dran ist, als die andere, die in schlechterer Lage ist. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, die Bedürfnisse der Allgemeinheit zu berücksichtigen und nicht lediglich die Wünsche einer Gruppe.

1. Historismus. Der vierte Experimentierabend über „Die Historie der Wissenschaften“ findet am Freitag, den 26. November, abends 8 Uhr, im Saal des V.D.B. statt. Der Vorsitz hat Herr Dr. G. Schmidt. Der Vortragende Herr Dr. Schmidt.

2. Bekämpfung des Diebstahls. In dem in Nr. 52 veröffentlichten Bericht über den Diebstahl in Feudenheim sind die Verhältnisse in der Weinlage nicht richtig dargestellt. Die dortigen Verkäufe sind in der Hauptsache für den persönlichen Konsum bestimmt. Die Käufer gehen im allgemeinen in ein Spezialgeschäft. In einem „Wenig-Bestell“ nehmen wir überhaupt keinen Anteil. Man möge uns daher das schonen, was uns noch in ein bis zwei Stunden noch zuzufügen ist, an Sonntagen zulassen.

Garagen in der Bismarckstraße zulässig?

Entscheidungen des Mannheimer Bezirksrats

In der gestrigen Bezirksratsitzung waren wieder zahlreiche Wirtschaftsanträge zu erledigen, die größtenteils genehmigt werden konnten. Die Anträge wurden erstellt für die Schanzenstraße „zum goldenen Deich“, Reudorferstraße 27 in Friedrichsfeld, „zum weißen Jakob“, Mittelstr. 35, „zum Hühnerhof“, Br. Wohlhabstr. 14, „zur kleinen Kaserne“, Kronprinzstr. 58, „zur Stadt Hamburg“, Jungbühler, 21, „Café Eden“, Kollerweg 10, „zum Rheinländer Hof“, Rheinländerhof 1, „zum Rindfleisch“, Sennerstr. 2, Fabrikantenhof der Süddeutschen Rabenwerke, „zur Purzel“ in Ried, „zur Bergbauerschneise“ in Pfaffstätt und „in den 3 Rängen“ in Schwesingen. Das Gesetz eines Gaswerks in den Ländchen am Erlaubnis zur Behebung von Fremden wurde im Hinblick auf die Verteilung des Gases und Gaslieferungsverhältnisse, auch weil kein Bedürfnis vorliegt, abgelehnt werden. Das Gesetz der Maria G. m. H. S. Wackerhölzer-Gesellschaft in Frankfurt a. M. um Erlaubnis zur Veranstaltung von Schandlungen, Vorträgen usw. im Hause 7, 8 (Löhle) wurde genehmigt. Die Firma muß jedoch eine Kaution in Höhe von 6000 Mark hinterlegen.

Ein Fall von grundrätlicher Bedeutung vor die Abgabe eines Grundbesitzers in Friedrichsfeld.

Auf seinem Grundstück in Steinerweg von 10000 Mark stehen 30000 Mark Schulden. Die Stadt hat dem Mann deshalb ein Bauplatzgrundstück in der Bismarckstraße zur Verfügung gestellt. Der Eigentümer hat in diesem Fall überhaupt keine Verpflichtung zur Zahlung dieser Abgabe befreit. Das Wertmäßige an dieser Sache ist, daß der „öffentliche“ Grundstückbesitzer, dem zwei Wohnungen leerstehen, von der Bürgermeisterei befreit war, solange er die Grundstücke übernahm. Als diese Unterabgabe wegfällt, hätte er die Steuer wieder zahlen sollen. Hier ist ohne Zweifel eine Lücke im Gesetz, denn dem Mann geht es jetzt doch noch schlechter als zuvor. Daraus ergibt sich, daß auch der Bezirksrat nicht verhalten. Er hat der Abgabe zugestimmt, weil man nicht den Einheitswert der Sache ohne Abzug der Schulden als festzulegen ansetzen kann.

Wegen des Baugelbes eines Grundbesitzers in L. 12, der auf seinem Gartengrundstück eine Garage errichten will, hat eine Nachbarin Einspruch erhoben

und unter Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses, das das Vorhandensein eines Gelenklebens bestätigt, geltend gemacht, daß ihr der

Kärm beim Einpflanzen des nachfolgenden Autos nicht zuzumuten werden könne.

Nun verbietet zwar der § 135 der Bauordnung die Errichtung von Einbauten in den Wohnräumen, aber es läßt sich nicht leugnen, daß selbst in der Altstadt, die als Wohnquartier mindestens so vornehm ist wie die Bismarckstraße, wohl bei den meisten Gebäuden auch eine Garage befindet. Wegen der Fortschrittlichkeit der Zeit und des Verkehrs läßt sich eben schwer annehmen und so mußte der Bezirksrat das Baugesuch genehmigen und den Einspruch der Nachbarin zurückweisen.

Nach einer Planlegung vom Jahre 1880 soll zwischen Reudorfer- und Körnerstraße in Weiden eine Verbindungsstraße hergestellt werden, die aber bis heute nicht zustandegekommen ist. Ein Geschäftsmann möchte dort ein Geschäftshaus errichten, das zum Teil auf die geplante Straße zu stehen käme, weshalb das Baugesuch zunächst abzuweisen war. Auf die Beschwerde des Bauherrn hin konnte der Bezirksrat nichts anderes tun, als ihm zu raten, die Errichtung der Straße selbst zu betreiben. Die Straße soll heute nicht oder nicht. Die Angreifer sind jedoch gegen die neue Straße. Wenn die Stadt bereit ist, das Straßenprojekt aufzugeben, steht auch dem Bauherren nichts mehr im Wege.

Die Randstraße II in Hohenheim

Die innerhalb des Orts Hohenheim Straße heißt, genügt den Anforderungen des Durchgangsverkehrs seit langem nicht mehr. Der Bezirksrat hat davon Kenntnis genommen, daß im Wege der Notwendigkeit eine Umgehungsstraße bei Hohenheim erstellt wird, von der eine wesentliche Verbesserung der Verbindungsstraße Weidenheim-Rastatt zu erwarten ist. Das Projekt kostet etwa 100 000 Mark, wovon die Stadtgemeinde Hohenheim 60 000 Mark zu tragen hat.

Der Rheinmain-Deutscher Mineralwasser AG, Zweigniederlassung Wiesbaden, wurde die wasserrechtliche Genehmigung zur Aufstellung eines Teichstoffs bei Rheinfelderstraße 25/26 erteilt.

Streit um ein Ferngespräch

Unter Bezugnahme auf den unter dieser Überschrift in Nr. 52 veröffentlichten Artikel, der die Aufstellung des Fernsprechkabins in der Bismarckstraße nicht dem Reichsamt zustehen, werden wir von zuständigen amtlicher Seite um Aufnahme folgender Erwiderung ersucht:

In der Redaktionsbeständen sind außer den öffentlichen Anzeigensprechern im Vollamt 3, 5 und 10 Minuten-Sprechzeiten und auf dem Rathaus beim Reichsamt mehrere Anzeigersprecher auf dem Reichsamt in Friedrichsfeld (Mittelstr. 35) in unmittelbarer Nähe des Postamts 5 und im Bahnhof Redaktionsbeständen beim Reichsamt. Ferner sind im Hause Waldstraße 9 (Konditorei) und Schillerstraße 16 (Wirtschaft) öffentliche Sprechstellen ohne Rangnummer, die ohne Gebührenzuschlag, solange diese Postale geöffnet sind, jedermann zur Verfügung stehen. Auf dem südlichen Redaktionsbeständen der Friedrichsfeld steht vor V. T. ein Fernsprechkabin und eine weitere Sprechstelle in im Bereichlichen vor K. 1 untergebracht; also zwei weitere Sprechstellen, die auf dem Rathaus und in 2 Minuten erreichbar sind. Das Vorgehen der öffentlichen Sprechstellen ist im amtlichen Fernsprechkabin auf Seite 17 zu finden.

Die anschließenden Fernsprechkabinen werden, infolgedessen unannehmlich geworden sind, für bevorzugte Stellen, die in den meisten Fällen doch wohl von Sprechstellen entfernt werden sind, kann die Deutsche Reichspost nicht verantwortlich gemacht werden. Im übrigen werden die Bürger im eigenen Interesse dem Schutz der Sprechstellen empfohlen.

Schiedsgericht zur Wohlfahrtsabgabe

2. November, 24. Nov. Die Kreisregierung hat die Stadt Wiesbaden angewiesen, zur Abgleichung des Haushaltes für das laufende Geschäftsjahr einen Prozentsatz zum Aufschlag zur Wohlfahrtsabgabe mit Wirkung vom 1. November ab zu erheben.

3. Schwesingen, 24. Nov. Aus der jüngsten Gemeindeversammlung ist zu berichten: Von den Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen Arbeitdienstes wurde Kenntnis genommen und Aufschluß des Vertrags mit dem Heimatwerk Baden als Trägerin des Dienstes genehmigt. Der Antrag des Sportvereins Schwesingen e. V. über die Einrichtung von Kampfbahn des weiblichen Arbeitdienstes wurde beschworen.

Der Bürgerausschuss Konstantin genehmigte die Beschaffung der Sch. und Stromerle in Konstantin und die Einrichtung einer Grundbesitzverwaltung. Der Bürgerausschuss, dessen Vorsitz der Reichsamt 52 übernahm, hat die Aufstellung eines Teichstoffs vor 2000 Mark bei der Deutschen Post und Reichspost in Weiden, die sich der Förderung der Reichspost beschließen. Im ganzen sollen zehn Häuser mit 20 Wohnungen erstellt werden.

Kein Vertrauen zum Bürgermeister

1. November, 24. Nov. Mehrere Mitglieder des Gemeinderats haben beim Bezirksamt Rastatt, dem 1. Bürgermeister Müller den Vorwurf gemacht, daß auf Kosten der Gemeinde Vermögensverhältnisse veräußert zu haben. Auf Veranlassung des Bezirksamts nahm der Gemeinderat in seiner Gesamtheit Stellung zu der Beschwerde. In der Abstimmung wurde dem Bürgermeister mit Stimmenmehrheit ein Mißtrauensvotum ausgesprochen.

Die Belastung der Städte durch die Wohlfahrtsabgabe

2. November, 24. Nov. In einer Besprechung gab Oberbürgermeister Dr. Schwarz ein Bild über die Verhältnisse des Deutschen Reichs bei der Reichsregierung in der Frage der Entlastung der Städte bei der Wohlfahrtsabgabe. Der Redner wies darauf hin, daß die Wohlfahrtsabgabe ein einseitig orientierte Denkschrift der Reichsregierung zuzurück und machte mit den Beschwerden der Reichsregierung zur Befriedigung einer Entlastung der Gemeinden in dieser Frage bekannt. Eine Probestimmung der Stadt Weiden, von Dr. G. Schmidt vorgelegt, will bezeichnen, daß die Gemeinden billiger arbeiten als das Reich. Auch die Frage der Regelung des Zuschusses war Gegenstand der Beratungen, doch wurden Beschlüsse hierzu noch nicht gefaßt. Einen zweiten Raum der Verhandlungen nahm ferner das Arbeitsbeschaffungsprogramm ein. Es solle verhandelt werden, je Kopf und Jahr ein zusätzliches Material 1500 A aufzubringen und zwar durch Steuergutschriften, durch die Gemeinden und durch Zuschüsse der Reichsregierung für öffentliche Arbeitsbeschaffung. Oberbürgermeister Dr. Schwarz schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, er habe den Eindruck, daß der Reichsminister diesen Fragen die größte Aufmerksamkeit entgegenbringe.

Tagekalender

- Freitag, 25. November**
- Nationaltheater: „Hedra“, Oper von Beethoven, 8 Uhr.
 - Musik-Theater: „Der Kaiser“, Programm mit To Anna und der Seltsamkeit des Lebens, 8.30 Uhr.
 - Hauskonzerte: 19 Uhr Vorstellung, 21.30 Uhr Vortrag der Reichsregierung über das Wohlfahrtsprogramm. Reichs-Konferenz: Nationaltheater, 8.30 Uhr, 9.30 Uhr, 10.30 Uhr.
 - Freier Abend — Städtische Musikschule: 8.30 Uhr, 9.30 Uhr, 10.30 Uhr, 11.30 Uhr, 12.30 Uhr, 13.30 Uhr, 14.30 Uhr, 15.30 Uhr, 16.30 Uhr, 17.30 Uhr, 18.30 Uhr, 19.30 Uhr, 20.30 Uhr, 21.30 Uhr, 22.30 Uhr, 23.30 Uhr, 24.30 Uhr, 25.30 Uhr, 26.30 Uhr, 27.30 Uhr, 28.30 Uhr, 29.30 Uhr, 30.30 Uhr, 31.30 Uhr, 32.30 Uhr, 33.30 Uhr, 34.30 Uhr, 35.30 Uhr, 36.30 Uhr, 37.30 Uhr, 38.30 Uhr, 39.30 Uhr, 40.30 Uhr, 41.30 Uhr, 42.30 Uhr, 43.30 Uhr, 44.30 Uhr, 45.30 Uhr, 46.30 Uhr, 47.30 Uhr, 48.30 Uhr, 49.30 Uhr, 50.30 Uhr, 51.30 Uhr, 52.30 Uhr, 53.30 Uhr, 54.30 Uhr, 55.30 Uhr, 56.30 Uhr, 57.30 Uhr, 58.30 Uhr, 59.30 Uhr, 60.30 Uhr, 61.30 Uhr, 62.30 Uhr, 63.30 Uhr, 64.30 Uhr, 65.30 Uhr, 66.30 Uhr, 67.30 Uhr, 68.30 Uhr, 69.30 Uhr, 70.30 Uhr, 71.30 Uhr, 72.30 Uhr, 73.30 Uhr, 74.30 Uhr, 75.30 Uhr, 76.30 Uhr, 77.30 Uhr, 78.30 Uhr, 79.30 Uhr, 80.30 Uhr, 81.30 Uhr, 82.30 Uhr, 83.30 Uhr, 84.30 Uhr, 85.30 Uhr, 86.30 Uhr, 87.30 Uhr, 88.30 Uhr, 89.30 Uhr, 90.30 Uhr, 91.30 Uhr, 92.30 Uhr, 93.30 Uhr, 94.30 Uhr, 95.30 Uhr, 96.30 Uhr, 97.30 Uhr, 98.30 Uhr, 99.30 Uhr, 100.30 Uhr.

Schiedsgericht zur Wohlfahrtsabgabe
2. November, 24. Nov. Die Kreisregierung hat die Stadt Wiesbaden angewiesen, zur Abgleichung des Haushaltes für das laufende Geschäftsjahr einen Prozentsatz zum Aufschlag zur Wohlfahrtsabgabe mit Wirkung vom 1. November ab zu erheben.

Neue Romantik

Kommt der historische Roman wieder?

Kies kommt einmal wieder. Wenn nicht alle Angelegenheiten trügen, liegt der historische Roman vor einer Renaissance. Nachdem die Menschheit an fiktionalen Ritterromanen, geschwungenen Romanen und allen Amerindianen genug hatte, wandte sie sich der Gegenwart zu und zwar nicht immer den lebenswichtigen Ereignissen. Aber selbst in einer Zeit angelegentlich Naturismus verschwand nicht ganz der historische Roman, er erschien nur unter einer neuen Form.

Wahrscheinlich die Entwicklung einem Roman, auf dem immer wieder, wie ein einmal George Orwell ausgedrückt, ein weiser Einsicht auftrat. Die England wird jetzt jedenfalls berichtet, daß die Geschichte der Romantiker, die fiktionalen Geschichte bearbeiteten, auch Schriftsteller auf das Gebiet des historischen Romans bezogen, die bis vor kurzem ihren Helden gerne Frankreich angaben. So versieht Eric Lytton, der über das moderne Amerika geschrieben hat, nun einen Roman über die Wikinger, Oden Nelson macht sogar ihre mittelalterlichen Menschen mit etwas Götterglaub, und Bojz Moravia schildert die nachmittelalterliche Zeit. In es aber erhellend, daß die Geschichte in der Belletristik wieder eine größere Rolle zu spielen beginnt. Kann überhaupt in einem Bereich verurteilen Volk der geistlichen Eins erheben?

Wieder der historische Roman

Wieder der historische Roman wieder? Kommt der historische Roman wieder? Alles kommt einmal wieder. Wenn nicht alle Angelegenheiten trügen, liegt der historische Roman vor einer Renaissance. Nachdem die Menschheit an fiktionalen Ritterromanen, geschwungenen Romanen und allen Amerindianen genug hatte, wandte sie sich der Gegenwart zu und zwar nicht immer den lebenswichtigen Ereignissen. Aber selbst in einer Zeit angelegentlich Naturismus verschwand nicht ganz der historische Roman, er erschien nur unter einer neuen Form.

Wahrscheinlich die Entwicklung einem Roman, auf dem immer wieder, wie ein einmal George Orwell ausgedrückt, ein weiser Einsicht auftrat. Die England wird jetzt jedenfalls berichtet, daß die Geschichte der Romantiker, die fiktionalen Geschichte bearbeiteten, auch Schriftsteller auf das Gebiet des historischen Romans bezogen, die bis vor kurzem ihren Helden gerne Frankreich angaben. So versieht Eric Lytton, der über das moderne Amerika geschrieben hat, nun einen Roman über die Wikinger, Oden Nelson macht sogar ihre mittelalterlichen Menschen mit etwas Götterglaub, und Bojz Moravia schildert die nachmittelalterliche Zeit. In es aber erhellend, daß die Geschichte in der Belletristik wieder eine größere Rolle zu spielen beginnt. Kann überhaupt in einem Bereich verurteilen Volk der geistlichen Eins erheben?

Aus Mannheimer Gerichtssälen

Verhandlung vor der großen Strafkammer Mannheim

Am Justizhaus vorbei

Der 24jährige Arbeiter Hermann O., der vor der großen Strafkammer stand, bekam den trafen Unerschied in der Auslegung des Gesetzes zu fühlen. Während die Rotverordnung vom 14. 7. 1932 für Körperverletzung, bezogen auf politischen Motiven, drei Monate Gefängnis als Mindeststrafe androht, hat die Terrorverordnung vom 9. 8. d. J. als Mindeststrafe ein Jahr Zuchthaus festgesetzt. Die Tat wurde am 2. September begangen und sollte ursprünglich mit einem Strafbescheid über drei Monate Gefängnis abgetan werden. Dagegen erhob nun der Vertreter der Staatsanwaltschaft die Forderung, den Angeklagten ein Jahr Zuchthaus zu verbüßen. Dagegen erhob nun der Vertreter der Staatsanwaltschaft die Forderung, den Angeklagten ein Jahr Zuchthaus zu verbüßen. Dagegen erhob nun der Vertreter der Staatsanwaltschaft die Forderung, den Angeklagten ein Jahr Zuchthaus zu verbüßen.

Ende baargenau. Nur der Verletzte änderte seine Haltung. Völlig will er sich nicht mit einem Eid belassen. Er schwört nicht mehr auf den „Herrmann“ mit dem ihm noch angetroffen, das auch ein „Eugen“ bei dem Ueberfall am Morgen eine Rolle gespielt habe. Trotz der dreizehn Zeugen, die aufrufen, wurde nicht als Todeslicht gefördert. So wie die Situation dramatisch wurde, konnten sich die Hauptzeugen nicht mehr „entsinnen“.

Das Gericht handelte einer harten Parteilichkeit gegenüber. Eltern des Angeklagten sowie Angehörige derer, die in dem Bereich der Verdachtsmöglichkeit standen, beteiligten sich, den jungen Leuten — dem Verlebten und dem Angeklagten — in einmütiger Weise ein gutes Zeugnis auszusprechen. Nach ausdauernder Beweisführung war nicht erwiesen. Man mußte der Ansicht des Staatsanwalts beistimmen, der sich von dem bestimmtesten Gefühl leiten ließ, man habe hier wieder einmal mit der Wahrheit zu tun. In dem Mannheimer Berg gehalten, nach Verhandlung eines Plauderers stellte der erste Staatsanwalt Frey eine Bestrafung im Gemessen des Gerichts. Nach diesem Antrag blieb dem Verteidiger des Verlebten, Rechtsanwalt Dr. Mauer nicht weiter übrig, als sich diesem Antrag anzuschließen. Für den Angeklagten legte sich Rechtsanwalt Viktor Meyer ein und bat nicht nur um Freispruch wegen erwiesener Unschuld, sondern auch um eine Entschädigung für die bereits erlittene fünfjährige Unterdrückung seines Rufes.

Das Gericht erkannte auf Freispruch. Die große Strafkammer hält den Angeklagten im Sinne der Anklage nicht für überführt. Immerhin folgte das Gericht aus der Tatsache, daß der Angeklagte in ein ähnliches Verbrechen verwickelt war, eine gewisse Milderung in politischen Dingen. Ob ihm der Staat eine Entschädigung gewährt, unterliegt nach der Rechtsprechung des Gerichts.

Aus Baden

Zwei Tote bei einem Motorradunfall

1. Otfersheim, 25. Nov. In anderem Orte gab es gestern abend infolge eines Motorradunfalls große Aufregung. Kurz vor 7 Uhr rief auf der Landstraße Badstuber-Otfersheim ein Motorrad mit Sozius mit einem mit zwei Pferden bespannten Fuhrwerk einer Mühle aus Wiesloch zusammen. Wie festgestellt worden ist, war das Motorrad auf dem die etwa 25 Jahre alten Müller und Gerlinger aus Roth bei Weichingen, unversehrt. Das Motorrad fuhr direkt in die Reichel hinein. Beide Fahrer hielten u. waren sofort tot. Schnelle aus Otfersheim waren sofort zur Stelle. Nach die Geneserliche aus Schwellingen war rasch einsetzend. Bei einem der Verunglückten fand man ein Pflöckchen Karbid in der Tasche.

Im Streit erstickt

* Sinspach (Am Ueberlinger), 24. Nov. Eine schwere Bluthat ereignete sich gestern abend auf dem Hofe des Landwirts Bollin. Im Verlaufe eines Wortwechsels wurde dieser durch den Fahrer des Hofes, den Landwirt Karl Amann, niedergedrückt und so schwer verletzt, daß er nach wenigen Stunden starb. Ueber die Vorgeschichte der Tat werden folgende Einzelheiten bekannt: Bollin kamte vor etwa zwei Jahren den Hof. Er geriet in finanzielle Schwierigkeiten und mußte Geld aufnehmen. Die zweite Anleihe hatten Schweizer, die dadurch auf die Hofe des Hofes wurden. Sie fehlten den Landwirt Karl Amann aus Dailendorf (Am Ueberlinger) als Pächter auf den Hof. Wegen dieser Verpflichtung kam es zu einem Prozeß zwischen Bollin und Amann, den Amann verlor. Das Verhältnis zwischen beiden wurde dadurch immer gespannter. Als gestern abend Amann seine Pferde in den Stall Bollin stellen wollte, wurde ihm dies verweigert. Darauf kam es zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf Amann eine Pistole zog und Bollin in den Arm schloß.

Amann hat die Pistole (von einem Hofen bei sich geführt und wiederholt gedreht, daß die Sache kein gutes Ende nehmen werde. Auch auf den Landwirt Liebherr, der inzwischen den Hof gekauft hat, legte Amann an, konnte aber vor dem Schreien abgehalten werden. Bollin war 43 Jahre alt und kriegsversehrt. Er hinterläßt eine Frau und mehrere Kinder.

750 000 Götter Götterwässer angestrichelt

* Heidelberg, 25. Nov. Das Radiumlabor hat im Laufe des Sommers die in den Herbst hinein sowohl in Heidelberg als auch in Bensheim Radiumwasser angestrichelt für Radiumwasser eingerichtet. Nach der jetzt vorliegenden Statistik wurden in dieser Zeit und dreier Viertel Millionen Liter Götterwässer verabschiedet.

Juchend für eine gefährliche Diebin

* Karlsruhe, 25. Nov. Wegen Rückwärtsdiebstahl wurde die Ehefrau Johanna Meiber von hier zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr sechs Monaten verurteilt. Die Angeklagte war geschädigt, vom Frühjahr v. J. bis Ende September d. J. auf dem Karlsruher Wochenmarkt und in einem Warenhaus rund 85 Talern diebstahlbehaftet. Sie wurde in Baden, durch die jeweils ältere und minderwertigsten Frauen um rund 1000 A geschädigt worden.

Aus der Pfalz

Diebstahlverurteilung

* Ludwigshafen, 25. Nov. In der Nacht auf 7. Juni d. J. wurden auf einem unterhalb Altrip auf bodischer Seite liegenden Grundstück sechs Zentner Weizen und acht Tage später von dem unterhalb der Jahre liegenden Raum etwa 20 Htr. Weizen gestohlen. Im ersten Falle waren fünf Täter beteiligt, die in Altrip wohnen, in einer benachbarten Hagehütte wohnen. Die Angeklagten, im wesentlichen geschädigt, wurden gestern vom Schöffengericht wie folgt verurteilt: der Wäldner Adolf Arbeiter 12 Monate Gefängnis, der 24 Jahre alte Schlosser Wilhelm Berner ebenfalls in vier Monaten Gefängnis. Der am 19. 11. strafmündig gewordene Tاجر Jakob Kolb erhielt zwei Monate, die in beiden Fällen Schuldbrief, der Wäldner Tاجر Eugen Grupp bekam ein Jahr zwei Monate und der Wäldner Arbeiter Friedrich Weiler acht Monate Gefängnis.

Verband der pfälzlichen Amerikanerredner-Planer

* Zimmern (Am Bernersheim), 24. Nov. Der Verband der pfälzlichen Amerikanerredner-Planer hielt hier eine fast beläufige Tagung ab, in der der Verbandsvorstand, Hermann Weiler, Wäldnerredner-Gesellschaft über den derzeitigen Stand der Amerikanerredner-Planer referierte. Es sei das Recht der Amerikanerredner, auf ihrer eigenen Erde ein zur Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz notwendiges Produkt, das ja an sich ohnehin schon alljährlich für viele Millionen aus Frankreich eingeführt werde, anzubauen. Es wäre zu beachten, wenn die beiden pfälzlichen Weinbauverbände in Hilfe gemeinsam an die Aufgabe drängten, die drohende pfälzliche Weinbaufrage im Interesse des Weinbauers und des Amerikanerredner-Planers zu lösen.

Verbandsratsvorsitzer Kraus behandelte organisatorische Fragen, dabei die reiche Erfahrung aller Amerikanerredner-Planer in der Organisation hervor.

Koch zwei Jahren verhaftet

* Kaiserslautern, 25. Nov. An Weihnachten 1930 wurde in der Cuckentstraße eine Ehefrau, von einem jungen Mann überfallen, zu Boden geworfen und wehrlos gemacht. Der Missetäter entwich, die Ladung die Handtasche mit über 60 Mark Bargeld und ging damit flüchtig. Trotz aller Untersuchung konnte der Täter damals nicht gefast werden. Während er es nun der Kriminalpolizei gelungen, ihn in der Person des ledigen Handwerker Wilhelm Mayer von Kaiserslautern zu ermitteln und in Untersuchungshaft zu nehmen. Mayer hat den Raub eingestanden. Die Handtasche soll er am Weidenhof in die Waiste gesteckt und das Geld für sich verwendet haben. Er wird sich demnächst vor der großen Strafkammer zu verantworten haben.

* Rheingönheim, 24. Nov. Der älteste Bürger

Rheingönheim, der frühere Landwirt Wilhelm Gammann 11. ist im Alter von 86 Jahren gestorben. Gammann war Minister des Feldzeuges 1870/71, den er als Bayer. Kaiserer militärisch.

* Speyer, 24. Nov. In der vergangenen Nacht handelte ein 15-20 Mann großer Schwärmer der kommunistischen Jugendorganisation. Einer der Schwärmer konnte festgenommen werden, während die anderen entzogen. Weiter wurde an verhafteten Stellen ein Mann gefast, der zum Strick aufgeführt, beschlagnahmt.

SPORT DER N.M.Z.

Das Zurfjahre 1932

Erfolgreiche Flachrennserie: Valaisvoge weit in Front

Es ist nicht notwendig, bei jeder Gelegenheit auf die gebrauchte Wettbewerbssache hinzuweisen, unter der das Zurfjahre 1932 abgewickelt wurde. Wir haben uns bereits daran gewöhnt, daß mit flüchtiger Hand zu weichen und Namen nicht darüber erheben, daß das erfolgreiche Pferd des Jahres flüchtig abgeholt ist. Seit der Jahrtausendwende. Der beste Reiter des Jahres war der Schweizer Valaisvoge, der seinen Reiter, dem bekannten rheinischen Hofschauspieler und Jäger V. Hühner, 105 000 Mark Jahresgehalt leistete. Das ist ein Preis, den die Vögel, die damals in Deutschland, Italien, Holland, Belgien, Frankreich und Dänemark die besten arabischen Weltreitpferde waren, selten einmal mit einem älteren Pferd das erfolgreichste des Jahres sein. Es muß schon ganz große Reife herbeiführen, wie in der Vergangenheit, die besten Pferde zu erziehen. Nach dem Sieg im großen Preis von Baden, der seinen Reiter, dem bekannten rheinischen Hofschauspieler und Jäger V. Hühner, 105 000 Mark Jahresgehalt leistete. Das ist ein Preis, den die Vögel, die damals in Deutschland, Italien, Holland, Belgien, Frankreich und Dänemark die besten arabischen Weltreitpferde waren, selten einmal mit einem älteren Pferd das erfolgreichste des Jahres sein.

Als 1932 gewonnen 49 500 Mark, wobei der zweite Platz im Wiener Kulturpreis einbezogen ist. Der Vögel V. Hühner, der seinen Reiter, dem bekannten rheinischen Hofschauspieler und Jäger V. Hühner, 105 000 Mark Jahresgehalt leistete. Das ist ein Preis, den die Vögel, die damals in Deutschland, Italien, Holland, Belgien, Frankreich und Dänemark die besten arabischen Weltreitpferde waren, selten einmal mit einem älteren Pferd das erfolgreichste des Jahres sein.

Der zweite Platz in der Liste nimmt der große, schlanke, dunkelbraune Hühner, der seinen Reiter, dem bekannten rheinischen Hofschauspieler und Jäger V. Hühner, 105 000 Mark Jahresgehalt leistete. Das ist ein Preis, den die Vögel, die damals in Deutschland, Italien, Holland, Belgien, Frankreich und Dänemark die besten arabischen Weltreitpferde waren, selten einmal mit einem älteren Pferd das erfolgreichste des Jahres sein.

Der dritte Platz in der Liste nimmt der große, schlanke, dunkelbraune Hühner, der seinen Reiter, dem bekannten rheinischen Hofschauspieler und Jäger V. Hühner, 105 000 Mark Jahresgehalt leistete. Das ist ein Preis, den die Vögel, die damals in Deutschland, Italien, Holland, Belgien, Frankreich und Dänemark die besten arabischen Weltreitpferde waren, selten einmal mit einem älteren Pferd das erfolgreichste des Jahres sein.

Der vierte Platz in der Liste nimmt der große, schlanke, dunkelbraune Hühner, der seinen Reiter, dem bekannten rheinischen Hofschauspieler und Jäger V. Hühner, 105 000 Mark Jahresgehalt leistete. Das ist ein Preis, den die Vögel, die damals in Deutschland, Italien, Holland, Belgien, Frankreich und Dänemark die besten arabischen Weltreitpferde waren, selten einmal mit einem älteren Pferd das erfolgreichste des Jahres sein.

Handball der Turner

Die Turnvereine der badischen Wehrdienstgruppen legten die Gruppe 1 mit vollem Programm die Spiele fort. Die Turnvereine sind aus dem Programm der letzten Handballturniere zu berichten. In der Tabelle sind wir auch an dem Bericht der Wehrdienstgruppen zu berichten. In der Tabelle sind wir auch an dem Bericht der Wehrdienstgruppen zu berichten. In der Tabelle sind wir auch an dem Bericht der Wehrdienstgruppen zu berichten.

Die Turnvereine der badischen Wehrdienstgruppen legten die Gruppe 1 mit vollem Programm die Spiele fort. Die Turnvereine sind aus dem Programm der letzten Handballturniere zu berichten. In der Tabelle sind wir auch an dem Bericht der Wehrdienstgruppen zu berichten. In der Tabelle sind wir auch an dem Bericht der Wehrdienstgruppen zu berichten.

Bund Süddeutscher Regattaverbände

Am 25. November findet in Mannheim die Tagung des Bundes Süddeutscher Regattaverbände statt. Am folgenden Tage wird eine Regatta in Mannheim abgehalten. Am 27. November findet in Mannheim die Tagung des Bundes Süddeutscher Regattaverbände statt. Am folgenden Tage wird eine Regatta in Mannheim abgehalten. Am 29. November findet in Mannheim die Tagung des Bundes Süddeutscher Regattaverbände statt. Am folgenden Tage wird eine Regatta in Mannheim abgehalten.

Siebert in Rekordform

Der deutsche Schwimmer Siebert hat den Olympischen Rekord für die 100 Meter in Rekordform gebrochen. Er hat den Rekord von 1:10.0 Minuten gebrochen. Er hat den Rekord von 1:10.0 Minuten gebrochen. Er hat den Rekord von 1:10.0 Minuten gebrochen.

Fußball im Dienst der Wohlfahrt

Die Wohlfahrt des Nationalsozialismus hat sich in außerordentlichem Maße auch in der Fußballwelt. Die Wohlfahrt des Nationalsozialismus hat sich in außerordentlichem Maße auch in der Fußballwelt. Die Wohlfahrt des Nationalsozialismus hat sich in außerordentlichem Maße auch in der Fußballwelt.

N.S.D. 88 Mannheim ringt gegen St. n. N.S. Ludwigsbafen

Die N.S.D. 88 Mannheim ringt gegen die St. n. N.S. Ludwigsbafen. Die N.S.D. 88 Mannheim ringt gegen die St. n. N.S. Ludwigsbafen. Die N.S.D. 88 Mannheim ringt gegen die St. n. N.S. Ludwigsbafen.

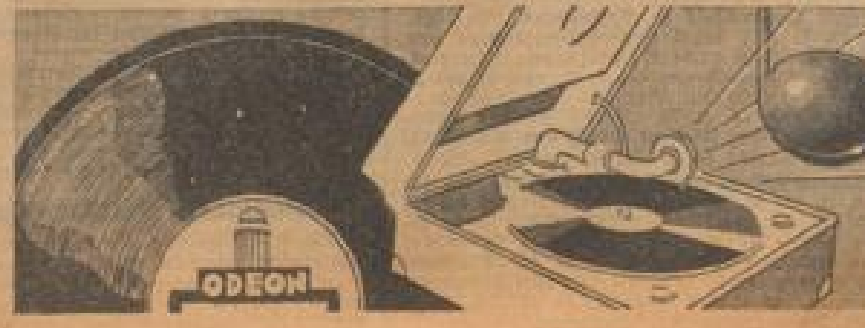
Wäldspiele im Turnraum

Die Wäldspiele im Turnraum sind ein wichtiger Bestandteil der Turnvereine. Die Wäldspiele im Turnraum sind ein wichtiger Bestandteil der Turnvereine. Die Wäldspiele im Turnraum sind ein wichtiger Bestandteil der Turnvereine.

Die Wäldspiele im Turnraum sind ein wichtiger Bestandteil der Turnvereine. Die Wäldspiele im Turnraum sind ein wichtiger Bestandteil der Turnvereine. Die Wäldspiele im Turnraum sind ein wichtiger Bestandteil der Turnvereine.

Aus der badischen Turnerschaft

Die badische Turnerschaft hat sich in außerordentlichem Maße auch in der Fußballwelt. Die badische Turnerschaft hat sich in außerordentlichem Maße auch in der Fußballwelt. Die badische Turnerschaft hat sich in außerordentlichem Maße auch in der Fußballwelt.



Naturwahl, weil phonoplastisch
das ist Lindström's
Der Ton lebt. Die Künstler stehen greifbar vor Ihnen — und bereiten Ihnen Genüsse erlesener Art. — Verlangen Sie LINDSTRÖM'S ODEON-Platten und Musikapparate erhält. In jedem guten Fachgeschäft

ODEON

Motorenfabrik Darmstadt AG.

Die Motorenfabrik Darmstadt A.G., Darmstadt, erzielte im dem am 30. 11. 32 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre einen Nettogewinn von 255.746 A., Steuern von 27.185 A., ...

Die Bilanz der Motorenfabrik Darmstadt A.G. zum 30. 11. 32 zeigt einen Bilanzgewinn von 228.561 A., ...

Veränderung von Versicherungsgesellschaften. Die Vermögenslage der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft in Berlin, ...

Interessensübernahme der Colonia. Wie wir hören, hat die Deutsche Colonia Versicherungsgesellschaft in Berlin, ...

Wirtschaftliches Gesamtbild. Wie wir hören, hat das Reichsamt für Wirtschaftsforschung, ...

Was dem Krupp-Konzern. Der Krupp'sche Industriekonzern in Essen hat im dem am 31. 10. 32 abgelaufenen Geschäftsjahre, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Kapitalabfertigung der J. Baum AG., Eisenbahnkonzern. Die J. Baum AG., Eisenbahnkonzern, ...

Die Vorgänge bei der Schiffahrtsgesellschaft „Italia“. Die Schiffahrtsgesellschaft „Italia“ hat am 12. 11. 32, ...

Fusion deutscher Kolonialgesellschaften

Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft hat am 12. 11. 32, ...

Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft hat am 12. 11. 32, ...

Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft hat am 12. 11. 32, ...

Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft hat am 12. 11. 32, ...

Tragikomödie der Irrungen Die Gläubigerzahlungen an Amerika

Zeit der Reparationskonferenzen von Vorkriegszeit ist es um Deutschland politische Schuldverhältnisse ...

Wenn wirklich nach dem amerikanischen Regierungswort eine größere Genügsamkeit in einer Ueberprüfung der Schuldverhältnisse ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Wieder England nach Frankreich bei zur Zeit von. London hat sich entschlossen, ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Frankreich gegenüber und diesen enormen Geldbedarf von 12 Milliarden A. ...

Industrie-Beschäftigung im Oktober

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Die Gesamtbeschäftigung der industriellen Beschäftigten im Oktober 1932 betrug ...

Postschiffverkehr im Oktober

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Die Zahl der Postschiffe hat im Oktober 1932 ...

Frankfurter Abendbörse meist schwächer

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

Am 24. 11. 32 war die Frankfurter Abendbörse ...

